

Schwurgericht Hamburg

(50) 49/49.

14 Js. 44/48.

Urteil

Im Namen des Rechts !

In der Strafsache

gegen

den Schiffsmaschinenbauer

Franz Ludwig Emil Arnold Meyer,

geb. am 7. Juli 1910 in Hamburg,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit,

hat das Schwurgericht II in Hamburg in
der Sitzung vom 12. Oktober 1949, an
welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Valentin
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Wartemann,

Landgerichtsrat Schleusener

als beisitzende Richter,

Hausfrau Rosl Görtz,

Schweisser Alfr. Bostelmann,

Schlosser Alois Kausek,

Arbeiter Arthur Fedder,

kfm. Angestellter Herb. Bostelmann,

Spediteur Henri Ulrich,

als Geschworene,

Staatsanwalt Dr. Schmidt

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Just. Ass. Dahlmann

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen eines Verbrechens
gegen die Menschlichkeit begangen in Tateinheit mit
Körperverletzung im Amt in 22 Fällen, von denen 2 Fälle
in fortgesetzter Handlung, 11 Fälle in weiterer Tatein-
heit mit gefährlicher Körperverletzung - davon 2 Fälle
in weiterer Tateinheit mit Beihilfe zur Aussageerpressung
begangen sind, zu einer

Gefängnisstrafe von drei Jahren

verurteilt.

Hh.

Die Polizeihaft und acht Monate der Internierungshaft werden angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

G r ü n d e.

I.

Die Anwendbarkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 10.

Dem Angeklagten ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, strafbar nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 in Verbindung mit der VO Nr. 47, zur Last gelegt worden. Obwohl dieses Gesetz dem Grundsatz "nulla poena sine lege" widerspricht, ist seine Anwendbarkeit bisher von den Gerichten ständig bejaht worden. Der Oberste Gerichtshof für die britische Zone in Köln hat sich mehrfach mit der Rechtsgültigkeit des KRG. Nr. 10 befasst und seine Anwendbarkeit für deutsche Gerichte wiederholt ausführlich begründet. Auch hat er bereits in einer Entscheidung vom 12. Juli 1949 (StS 34/49) ausgesprochen, daß die bisher bejahte Anwendbarkeit durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 nicht berührt worden sei.

Demgegenüber ist die Verteidigung des Angeklagten der Ansicht, daß das KRG. Nr. 10 für deutsche Gerichte unanwendbar geworden sei, da es im Widerspruch zu dem im Artikel 3 ausgesprochenen Grundrecht der Gleichheit Aller vor dem Gesetz und zu dem im Art. 103 Abs. 2 verankerten Grundsatz "nulla poene sine lege" stehe und somit verfassungswidrig sei. Durch das Inkrafttreten des Besatzungsstatutes am 21. September 1949 ist nun allerdings gegenüber dem Rechtszustand vom Juli 1949 eine neue verfassungsrechtliche Situation geschaffen worden. Grundgesetz und Verfassungsstatut sind zwar verschiedenen Ursprungs, bilden beide aber die gemeinsame Grundlage für die künftige

Ord

Ordnung und Neugestaltung des verfassungsmässigen Lebens der Bundesrepublik Deutschland; das Besatzungsstatut ist daher ein das Grundgesetz ergänzender Bestandteil des derzeitigen deutschen Verfassungsrechtes. Einer Stellungnahme zu der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Köln vom 12. Juli 1949, insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob durch die Verkündung des Besatzungsstatutes eine Änderung in dem Verhältnis zwischen dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 und dem Art. 103 II des Grundgesetzes eingetreten ist, weil das Besatzungsstatut im Art. 1 ausdrücklich erklärt, daß der Bundesstaat die volle gesetzgebende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz besitzen solle, bedurfte es jedoch nicht, da die weitere Anwendbarkeit des KRG. Nr. 10 sich klar aus der positiven Bestimmung des Art. 7 des Besatzungsstatutes ergibt. Danach bleiben die vor Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassenen Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden in Kraft, bis sie von den Besatzungsbehörden nach Maßgabe der Bestimmungen des Art. 7 a - c aufgehoben, abgeändert oder modifiziert werden. Unzweifelhaft gehören nun sowohl das KRG. Nr. 10 sowie auch die Verordnung Nr. 47 zu solchen Vorschriften. Da eine Aufhebung oder Abänderung der genannten Bestimmungen bisher nicht erfolgt ist, ist das Gericht verpflichtet, das KRG. Nr. 10 weiterhin in Anwendung zu bringen, auch wenn es als im Widerspruch zu dem Art. 103 II des Grundgesetzes stehend anzusehen ist. Es ist nach der positiven Vorschrift des Art. 7 des Besatzungsstatutes vorläufig noch in Kraft, also nicht verfassungswidrig, so daß eine Aussetzung des Verfahrens gemäß Art. 100 des Grundgesetzes nicht in Betracht kam.

II.

II.

Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten.

Der Angeklagte ist 39 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 1, 4 und 8 Jahren. Nach Besuch der Realschule in Hamburg lernte er von 1926 bis 1930 Schiffsmaschinenbauer. Dann wurde er erwerbslos. Im August 1933 wurde er als Hilfspolizeibeamter eingestellt und machte Dienst im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel. Mitte Juli 1934 wechselte er seine Stellung und wurde Kraftfahrer bei der Gestapo. Nachdem er 1936 in das Beamtenverhältnis übernommen war, kam er im März 1937 in den Vollzugsdienst der Gestapo. Hier arbeitete er als Kriminalassistent in verschiedenen Abteilungen, wie den Dezernaten "Bekämpfung von Kommunismus und Marxismus", "Rückwanderer", "Sprengstoffe und Sabotage" und dem Dezernat "Presse." Im Juli 1940 wurde er zur Kriegsmarine einberufen, wo er bis zur Kapitulation als Oberleutnant zur See diente. Nach vorübergehender Tätigkeit im Auftrage der Engländer wurde er im September 1945 von der Marine entlassen und arbeitete als Land- und Waldarbeiter. Am 1. Juli 1946 kam er als ehemaliger Angehöriger der Gestapo in Internierungshaft, aus der er am 30. Dezember 1947 entlassen wurde. Als Angehöriger einer verbrecherischen Organisation wurde er vom Schwurgericht Hamburg-Bergedorf am 11. Dezember 1947 zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde als durch die Internierungshaft für verbüsst erklärt. Seitdem arbeitete der Angeklagte als Musiker in einer Kapelle, wodurch er 300.-- bis 350.-- DM monatlich verdient.

Seit dem 1. November 1929 gehörte der Angeklagte der NSDAP. an. Im Oktober 1931 trat er in die Marine-SA ein, bei der er 1939 den Rang eines Marine-SA-Stürmführers hatte. Bei

seiner

seiner Einstellung als Hilfspolizeibeamter hatte er den Rang eines Scharführers inne.

III.

Der festgestellte Sachverhalt.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden, wie in ganz Deutschland so auch in Hamburg, von der Gestapo zahlreiche Angehörige der KPD und der SPD verhaftet, die der Teilnahme an in den vorhergehenden Jahren gegen Nationalsozialisten begangenen Gewalttaten bezichtigt wurden oder denen illegale Tätigkeit vorgeworfen wurde. Ein Teil dieser Festgenommenen wurde nach Beendigung ihrer Vernehmung im Stalithaus in die Strafanstalt Fuhlsbüttel verbracht, wo sie unter Aufsicht von Justizwachtmeistern mit den anderen Gefangenen zusammen untergebracht wurden. Anfang September 1933 wurden diese politischen Gefangenen dann von den kriminellen Gefangenen getrennt, in dem Bau des ehemaligen Frauengefängnisses zusammengezogen und einem fast ausschliesslich aus Hilfspolizisten bestehenden Wachkommando unterstellt. Diese Hilfspolizisten waren Angehörige der SS und SA, die sich zu diesem Dienst auf Anfrage in ihren Stürmen freiwillig gemeldet hatten, meistens weil sie arbeitslos waren, und die über die Personalstelle des Polizeipräsidenten angestellt worden waren. Ihren Dienst verrichteten sie in den Uniformen ihrer Gliederung, also in Uniformen der SS-, SA oder Marine-SA. Nach kurzer Ausbildung mit Karabiner und Pistole und nach kurzer Einweisung in den allgemeinen Wachdienst hatten sie am 7. September 1933 den Wachdienst im sogenannten "Kolafu" übernommen. Es handelte sich bei diesem Wachkommando um etwa 80 Mann. Von einem Teil dieser Wachleute wurden die Gefangenen häufig auf die roheste Weise misshandelt. Aus geringfügigem Anlass wurden Ohrfeigen, Faust-

schläge

schläge und Fusstritte sowie Schläge mit dem Zellenschlüssel aufgeteilt. Körperliche Übungen, wie Armbeugen im Liegestütz, das sogenannte "Pumpen", mußten einzelne der Häftlinge oftmals bis zur völligen Erschöpfung betreiben. Häufig wurden Häftlinge zur Erpressung von Aussagen mit Ochsenziemern, Peitschen, Gummiknütteln und Stahlruten geprügelt, daß sie ohnmächtig wurden oder dauernde Schädigungen davon trugen. Zu solch gefährlichen Misshandlungen kam es aber auch oft ohne besonderen Anlass. Auch wurde auf der Orgel einer Gefängniskirche gespielt, um dadurch die Schmerzensschreie der Gemarterten zu übertönen. Am meisten betroffen von den Misshandlungen waren die in Einzelhaft untergebrachten Häftlinge, meistens Leute, deren Vernehmung noch nicht zum Abschluss gebracht worden war.

An diesen Drangsalierungen war auch der Angeklagte beteiligt, der nach einer anfänglichen Tätigkeit als Aussenposten die meiste Zeit als Stationswachtmeister eingesetzt war. Er tat seinen Dienst in seiner Marine-SA-Uniform und hatte sich von Hause ein ihm persönlich gehörendes Schlagwerkzeug, nämlich einen auf einen Stahldraht gezogenen Haifischrücken, in das Kolafu mitgebracht. Der Angeklagte ist von den in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen, mit Ausnahme des Zeugen Schelper, bereits bei ihrer ersten polizeilichen Vernehmung entweder aus einer Reihe von Lichtbildern oder aus einer Gruppe von Personen sofort herausgefunden worden. In der Hauptverhandlung selbst haben ihn alle Zeugen ohne Zögern unter 5 anderen Männern, zwischen denen er an wechselnden Plätzen während der Dauer der Beweisaufnahme saß, bezeichnet. Im einzelnen sind in der Hauptverhandlung folgende Feststellungen getroffen worden:

1.)

4

1.) Der Zeuge Z a c h r a u war am 4. Oktober 1933 als Mitglied der Roten Marine wegen angeblicher Beteiligung bei einem Überfall am Adlerhotel verhaftet und am 9. Oktober 1933 zum Kolafu überführt worden. Als er abends gegen 21 Uhr von dem Angeklagten zur Vernehmung geführt wurde, sagte dieser ihm, er solle gestehen, sonst gebe es was. Der Wachtmeister Z i r b e s, der die Vernehmung durchführte, schlug den Zeugen derart mit der Faust ins Gesicht, daß ihm drei Zähne aus seiner Zahnprothese herausbrachen. Als er trotzdem bei einer Gegenüberstellung mit anderen Mitbeschuldigten eine Teilnahme bestritt, wurde ihm ein Handtuch vor den Mund gebunden und im Nacken fest zusammenge-
dreht, um ein Schreien zu verhindern. Dann wurde er von einigen der anwesenden Wachleute mit verschiedenen Schlagwerkzeugen schwer misshandelt. Als er daraufhin die ihm zur Last gelegte Handlung zugab, sagte Z i r b e s: "Jetzt kriegt er was fürs Lügen," und die Misshandlungen wiederholten sich. Bei dieser zweiten Misshandlung beteiligte sich der rechts von dem Zeugen stehende Angeklagte mit einem Ochsenziemer.

2a). Der Zeuge S t o c k f l e t h war am 2. Oktober 1933 wegen eines Überfalles am Herrengarten verhaftet worden. Als er am 5. Oktober im Kolafu auf dem Flur zur Entlassung bereitstand, kamen die Gestapobeamten R a d a m, B u r k e und ein Dritter hinzu und R a d a m fragte ihn, was er getan habe. Als er "nichts" antwortete, liess ihn R a d a m von einigen Wachleuten, darunter Z i r b e s, B r e t s c h n e i d e r und der Angeklagte, in den Keller führen. Zirbes hatte eine Artilleriepeitsche, der Angeklagte wie auch ein anderer Wachtmeister hatten einen gedrehten Ochsenziemer in der Hand. Im Keller zog B r e t s c h n e i d e r dem Zeugen die Jacke über den Kopf

und

1.)

und hielt ihn fest, während die anderen auf ihm einschlugen. Da er danach bei Radam noch nichts zugab, wurde er erneut in den Keller gebracht und die Misshandlung in derselben Weise wiederholt. Als er dabei in Wut geriet und sich von dem ihn haltenden Bretschneider losriss, sah er gerade, wie der Angeklagte zum Schlag ausholte.

2b) Am 9. Oktober wurde Stockfleth von dem Wachmann Teutsch aus seiner Einzelzelle geholt, wobei dieser ihm sagte, er solle zur "Stunde der Nation." Er wurde in eine grössere Zelle gebracht, wo sich schon die Häftlinge Kratz, Krützner und Zachrau befanden. Hier wurden diese Häftlinge der Reihe nach von den anwesenden 4 Wachleuten, darunter Zirbes, Teutsch und der Angeklagte, mit Ochsenziemern und Peitschen geprügelt. Als Krützner ohnmächtig wurde, musste ein anderer Häftling ihm einen Eimer Wasser über den Kopf giessen, um ihn wieder zur Besinnung zu bringen. Danach wurden die Häftlinge wieder in ihre Zellen zurückgebracht.

2c) Einige Tage später wurde der Zeuge im Rahmen einer Vernehmung von Radam wiederum von mehreren Wachtmeistern in einer leeren Zelle geschlagen, nachdem ihm vorher der Mund zugebunden war.

2d) Als der Zeuge einmal durch den an der Zellentür befindlichen Spion sah, was verboten war, bekam er von dem Angeklagten eine Ohrfeige.

3.) Im Oktober 1933 wurde der Zeuge Stockfleth im Vernehmungszimmer dem Häftling Walden gegenübergestellt, der beschuldigt wurde, GPU-Agent gewesen zu sein. Als Walden dies bestritt, gingen die Wachtmeister Zirbes,
Teutsch

Deutsch, Otten und der Angeklagte auf Anordnung Radams mit ihm in den Keller. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrten, machte Wallen einen geschlagenen Eindruck, blutete am Hinterkopf und hatte im Nacken auch rote Streifen.

4.) Der Zeuge Walluhn wurde am 9. Oktober festgenommen und nach Fuhlsbüttel überführt, wo er mehrfach misshandelt wurde. Er hatte bei Radam nichts zugegeben, worauf dieser zu den anwesenden Wachleuten gesagt hatte, sie sollten ihn weiter vernehmen. In den Abendstunden der folgenden Tage erschienen dann jeweils mehrere Wachleute bei ihm in der Zelle und prügelten ihn mit Schlagwerkzeugen. Bei der dritten dieser Misshandlungen wurde er vorher gefragt, "wo hast du geschossen?" Als er antwortete, er habe nicht geschossen, wurde er verprügelt. Der Angeklagte, der diesmal dabei war, drückte ihn herunter und nahm am mit einem Stocke Schlagen/teil. Als der Zeuge einige Zeit später in den Saal verlegt wurde, wo der Angeklagte Stationswachmeister war, sagte dieser zu ihm "wir kennen uns doch". Als der Zeuge wider besseres Wissen dies verneinte, weil er erneute Unannehmlichkeiten fürchtete, sagte der Angeklagte noch: "Ich habe dich doch besucht."

5.) Der Zeuge Meynert war vom 5. Oktober 1933 bis 9. Januar 1934 im Kofafu. An einem nicht mehr zu bestimmenden Tage kam der Angeklagte in seine Zelle und fragte den Zeugen, weshalb er da sei. Als er hörte, daß der Zeuge in der Sache Otto Blocker festgenommen war - Blocker war ein ermordeter Hitlerjunge - schlug er ihn mit dem Zellschlüssel gegen die linke Backe, so daß der Zeuge zwei Zähne sofort verlor und zwei Zähne so gelockert wurden, daß sie später ausfielen. Der Zeuge musste auch öfters allein "Frühspott" bis zur Erschöpfung betreiben, wobei auch der Angeklagte manchmal zugegen

war.

war.

6.) Der Zeuge S t a a k e war von September bis November 1933 im Kolafu. Der Angeklagte war sein Stationswachtmeister.

a) Als eines Tages der Angeklagte in den Saal kam und ihm nicht rechtzeitig gemeldet wurde, befahl er einem Häftling, den Mund aufzumachen, und schlug ihm mit dem Zellschlüssel, der etwa 15 - 20 cm lang war, zwischen den Zähnen hin und her. Als er dann hinausging, machte er plötzlich kehrt und schlug diesem Mann nochmals mit dem Schlüssel in das Gesicht, wobei er fragte: "Machen Sie mir ein Gesicht?"

b) Mit Vorliebe schikanierte der Angeklagte einen auf diesem Saal befindlichen J_ugendlichen, den er neben anderen Schikanen öfters bis zur Erschöpfung "pumpen" liess.

c) In gleicher Weise quälte er wiederholt einen Juden namens O p p e n h e i m.

Auch sagte er eines Sonntags zu den Gefangenen, "hört ihr die Orgel spielen?" Tatsächlich war Orgelklang, während aber gleichzeitig aus dem Keller Schreie zu hören waren.

7.) Der Zeuge P u s t o l l a war von November bis Dezember im Kolafu. Als er eines Tages vom Flur aus durch den Spion in eine Zelle blickte, ertappte ihn der Angeklagte und gab ihm eine Ohrfeige, als er sein Tun abstritt.

8.) Der Zeuge H e u m a n n wurde am 13. November zur Vernehmung geholt. Im Zimmer waren ^{fünf} drei Wachtmeister anwesend, darunter der Angeklagte, der eine Reitpeitsche in der Hand hatte und diese hin und her bog. Als die Personalien des Zeugen festgestellt waren, schlug der Vernehmende plötzlich mit einer Reitpeitsche zu, worauf auch andere Anwesende auf den Zeugen einschlugen.

9.) Der Zeuge L a n g e war vom 24. Oktober 1933 bis zum 16. März 1934 im Kolafu. Er kannte den Angeklagten aus seiner Schulzeit her. In Gegenwart des Zeugen hat der Angeklagte eines Tages auf dem Gefängnishof unter einer Gruppe von Häftlingen mehrere Häftlinge mit Ohrfeigen traktiert.

10.) Der Zeuge H a u p t m a n n war von August bis September 1933 und von Dezember 1933 bis April 1934 im Kolafu. Bei seinem ersten Aufenthalt war der Angeklagte sein Stationswachmeister. Als er im Dezember 1933 von einer Verhandlung in Altona in das Kolafu zurückkam, bekam er bei seinem Eintreffen dort Prügel, wobei es hieß: "Die Drahtzieher kommen." Als der Angeklagte ihm sah, meinte er, "den kennen wir doch, der war doch schon mal bei uns, und da hat das Schwein nichts ausgesagt," und schlug ihm mit der Hand ins Gesicht, worauf ihn auch andere schlugen.

11.) Der Zeuge S c h e l p e r wurde Ende 1933 bei einer Vernehmung von R a d a m in den Keller geschickt, damit sein Gedächtnis aufgefrischt werde. Im Keller war der Zeuge anfangs mit einem Wachtmeister allein, der einen Stock bei sich hatte; als dann andere Wachtmeister hinzukamen, musste er sich über einen Hocker legen und wurde von einem der Anwesenden mit einem Schlagwerkzeug geschlagen.

12.) Der Zeuge R i c h a r t z war von Januar 1934 bis April 1934 im Kolafu, wo er längere Zeit in Eisen gelegt war. Der Angeklagte war sein Stationswachmeister. Als der Zeuge eines Tages von einer Vernehmung zurückkam, fragte ihn der Angeklagte "wie stehen wir denn?" Da der Zeuge ihm nicht verstanden hatte, fragte er den Angeklagten: "wie?", worauf der Angeklagte ihn zweimal mit der Faust an den Kopf schlug. Bei

diesen

diesen Vorfall trug der Zeuge seine üblichen Fesseln. Der Angeklagte bedrohte ihn auch sonst öfters mit Schlägen, ohne jedoch seine Drohungen wahrzumachen. Auch hörte der Zeuge durch sein Zellenfenster, daß auf der Orgel gespielt wurde, während gleichzeitig Schmerzensschreie ertönten. Andere Häftlinge erzählten ihm, daß der Angeklagte die Orgel spiele.

13.) Der Zeuge C l e m e n t s e n wurde eines Tages im Herbst 1933 in Kolafu von den Angeklagten zur Rede gestellt, wobei ihn der Angeklagte beschuldigte, an der Ermordung seines Freundes H e i n z e l m a n n beteiligt gewesen zu sein. Als der Zeuge erklärte, er lasse sich nur durch die Polizei vernehmen, bekam er von dem Angeklagten eine Ohrfeige und wurde in die Zelle zurückgestossen.

14.) Der Zeuge M i c h a e l i s wurde am 15. Oktober 1933 von mehreren Wachtmeistern geprügelt, so daß dem Wachtmeister T e u t s c h die benutzte Handpeitsche in Stücke sprang.

15.) Der Zeuge M u c h a r s k i wurde im November 1933 von den Gestapobeamten R a d a n und B u r k e sowie dem Angeklagten und einem anderen Marine-SA-Mann in seiner Wohnung morgens gegen 5 Uhr verhaftet. Beim Herabgehen auf einer engen dunklen Treppe wurde er von hinten gestossen und getreten, so daß er stolperte. Hinter ihm gingen der Angeklagte und der andere Marine-SA-Mann, zeitweise war der Angeklagte aber auch vor ihm.

16.) Der Zeuge K l e e k a m p war in Februar 1933 verhaftet worden. Seit September 1933 war er in Kolafu. Hier ist er wiederholt nach dem abendlichen Abschliessen der Zellen von den Wachtmeistern misshandelt worden. Der Angeklagte hat sich

mehrfach

mehrfach dabei beteiligt, wobei er auch einen Gummiknüppel benutzt hat. Es handelte sich dann immer um die sogenannten Privatvernehmungen, wobei der Zeuge den Wachleuten eingestehen sollte, an den ihm zur Last gelegten Vorgängen, wie etwa dem Altonaer Blutsonntag, beteiligt gewesen zu sein. Als er einmal 4 - 5 Tage lang ohne Nahrung im Keller angeschlossen gewesen war, kamen einige Wachleute, unter denen sich auch der Angeklagte befand, zu ihm, und einer warf ihm als Essen Salzheringe vor die Füße, wobei er ihm sagte, dass Brot und Wasser nachkäme. Als der Zeuge in seinem Heißhunger die Salzheringe sofort gegessen hatte, wurde ihm aber weder Brot noch Wasser gebracht, so daß sich heftiger Durst und Halbschmerzen bei ihm einstellten.

17.) Der Zeuge M a s u t h wurde im Oktober 1933 in Kolafu anlässlich einer Vernehmung durch Z i r b e s von mehreren Wachtmeistern im Vernehmungssaal mit Ochsenziemern und Peitschen schwer geschlagen. Als er 10 Tage später aus der Einzelhaft in einen Gemeinschaftssaal verlegt wurde, wo der Wachtmeister O t t e n und der Angeklagte Stationswachtmeister waren, sagte der Angeklagte zu ihm, er sei nicht für diese Art Sachen, die sie unten machten.

18.) Der Zeuge I n g e s a n d t war von Januar 1933 bis März 1934 in Kolafu. Sein Stationswachtmeister war der Angeklagte. 2 Wochen nach seiner Entlassung wurde er wieder verhaftet und erneut in das Kolafu eingeliefert. Seitdem wurde der Zeuge von dem Angeklagten öfter mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Dies geschah immer gelegentlich der Ausgabe des Abendessens. Manchmal entzog der Angeklagte den Zeugen auch das Essen. Einmal fasste er ihn an sein Halstuch, zerrte daran

und

und sagte zu ihm, er solle sich aufhängen, er würde nicht der erste sein.

19.) Der Zeuge S u h r k e wurde im September 1933 in Kolaft
anlässlich einer Vernehmung 3 - 4 mal im Keller geprügelt.

a) In Saal wurde er einmal von dem Angeklagten mit dem Zellen-
schlüssel an den Kopf geschlagen, weil er sich nicht zur Arbeit
gemeldet hatte, obgleich dies angeordnet worden war.

b) Bei einer anderen Gelegenheit mussten die in Saal befind-
lichen Häftlinge in Gänsemarsch untermarschieren, während der
Angeklagte sie an Hand einer Liste aufrief. Seine Pistole hatte
er aus der Tasche genommen und auf den Tisch gelegt. Als sich
einer der Häftlinge nach einem von den Angeklagten geworfene-
nen Zigarettenstummel bückte, gab er dem Häftling mit der
Pistole einen Schlag, so daß er umfiel und von anderen Häftlin-
gen aufgehoben werden musste, ehe er sich in den Gänsemarsch
wieder einreihen konnte.

20.) Der Häftling N i e t s c h k e wurde an einen Sonntag
im Jahre 1933 in seiner Zelle in Kolaft mit einem Schlagwerkzeu
schwer misshandelt. Nach der Misshandlung war der Mastdarm des
N i e t s c h k e mehrere Zentimeter weit aus dem After heraus-
getreten. Während der Misshandlung waren in seiner Zelle nur der
Wachtmeister Rudolf T e u t s c h und der Angeklagte anwesend.
T e u t s c h glaubte vom Hof aus gesehen zu haben, daß aus
dem Zellenfenster des N i e t s c h k e Morsezeichen gegeben
worden waren. Er hatte daraufhin den Angeklagten in seinen
Dienstzimmer aufgesucht und davon in Kenntnis gesetzt und beide
hatten sich gemeinsam zu dem N i e t s c h k e begeben, wobei
der Angeklagte sich aus seinem Zimmer eine Stahlrute mitnahm.
Dann hörte man Geschrei und als der Zeuge W. B. h n k e mit der

Sanitater

Sanit
der
klagt
Auf d
von S
am Ab
eintr
21.)
Kaffe
dem T

bekan
Angek
S t o
P o s
S c h
M i c
M a s
F o l

Die F

Diens
Schl
Fälle
Er h
hätte
lich

8

Sanitäter in die Zelle kam, stand am Kopfende der Pritsche, auf der N i e t s c h k e lag, T e u t s c h, während der Angeklagte am Fussende stand und die Stahlrute in der Hand hatte. Auf dem Rücken und Gesäss des N i e t s c h k e waren Spuren von Schlägen zu sehen. Der Mastdarm wurde zurückgedrückt und als am Abend ohne äussere Einwirkung ein erneuter Mastdarmvorfall eintrat, wurde N i e t s c h k e in das Lazarett überführt.

21.) Der Zeuge F e l s k i wurde eines Tages, als er in der Kaffeeholerkolonne ging, von einem Wachtmeister auf den Hof mit dem Torschlüssel hinter das Ohr geschlagen.

Die allgemeinen Zustände im Kolafu sind gerichts- bekannt, die übrigen Feststellungen beruhen auf den Angaben des Angeklagten und den Bekundungen der Zeugen Z a c h r a u, S t o c k f l e t h, W a l l u h n, M e y n e r t, S t a a k e, P o s t u l l a, H e u m a n n, L a n g v e, H a u p t m a n n, S c h e l p e r, R i c h a r t z, C l e m e n t s e n, M i c h a e l i s, M u c h a r s k i, K l e e k a m p, M a s u t h, I n g e s a n d t, S u h r k e, W ö h n k e und F e l s k i, sowie den Akten des Spruchgerichts Bergedorf,.....

IV.

Die Einlassung des Angeklagten und die Beweiswürdigung.

Der Angeklagte gibt generell zu, während seiner Dienstzeit im Kolafu Häftlinge durch Ohrfeigen, Fusstritte und Schläge mit einem Stock misshandelt zu haben. An die einzelnen Fälle, abgesehen von Fall Nr. 20, erinnert er sich nicht mehr. Er hält sie jedoch für möglich, weil die Zeugen sie ^{genau} bekundet hätten. Den Fall 20 erinnert er an sich wegen seiner Scheußlichkeit, er weiss jedoch keine Einzelheiten und bestreitet

entschieden,

entschieden, den N. i e t s c h k e selbst geschlagen zu haben.

In den Fällen 1, 2b, 2d, 4, 5, 6, a - o, 7, 9, 10, 12, 13, 16, 18 und 19 a und b ist der Angeklagte durch die eindeutigen Bekundungen der Zeugen überführt, in der jeweils angegebenen Weise Misshandlungen begangen zu haben. In den genannten Fällen haben die Zeugen selbst gesehen, daß der Angeklagte geschlagen hat.

In Fall 2a) hat der Zeuge S t o c k f l e t h allerdings nur gesehen, daß der Angeklagte seinen Stock zum Schlag erhoben hatte. Das Gericht hatte aber keine Bedenken, den Angeklagten auch in diesem Fall als des Schlagens überführt anzusehen. Der Zeuge hatte sich in einem Augenblick losgerissen als schon länger auf ihn eingepöbeln worden war, so daß sich aus der ganzen Situation mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Schluss ergibt, daß der Angeklagte nicht nur in diesem Augenblick mit dem Schlagen anfangen wollte, sondern schon vorher geschlagen hatte.

An der objektiven Richtigkeit der von den zu obigen Fällen vernommenen Zeugen gemachten Bekundungen zu zweifeln, hatte das Gericht keinen Anlass. Die Zeugen machten einen sicheren und ruhigen Eindruck und hatten offensichtlich auch schon einen gewissen Abstand von den damaligen Erlebnissen gewonnen. Es kam ihnen augenscheinlich auch nicht darauf an, den Angeklagten auf jeden Fall zu belasten, etwa um Rache zu üben, denn ein grosser Teil von ihnen hob hervor, daß der Angeklagte sich, abgesehen von den geschilderten Vorfällen, ihnen und auch anderen Häftlingen gegenüber im übrigen korrekt benommen habe. Auch eine Personenverwechslung erschien in diesen Fällen ausge-

geschlossen,

schlossen, denn die Zeugen hatten in den meisten Fällen den Angeklagten längere Zeit als Stationswachtmeister genau kennengelernt, und alle haben ihn im Ermittlungsverfahren sofort bei ordnungsmässig durchgeführter Gegenüberstellung wiedererkannt. Auf das Wiedererkennen im Gerichtssaal ist kein entscheidender Wert gelegt worden, weil die Zeugen den Angeklagten ja bereits im Vorverfahren in Person oder auf Bildern wieder zu Gesicht bekommen hatten.

Im Fall 20 ist durch die Einlassung des Angeklagten und durch die Bekundung des Zeugen W ö h n k e erwiesen, dass der Angeklagte zugegen war, als N i e t s c h k e mit dem Schlagwerkzeug misshandelt wurde und der Mastdarmvorfall eintrat. Ausser ihm war nur noch der Wachtmeister Rudolf T e u t s c h in der Zelle. Da der Zeuge gesehen hatte, daß der Angeklagte eine Stahlrute mitnahm, daß er diese in der Hand hatte, als die Misshandlung beendet war und aus seiner Stellung am Fussende der Pritsche sowie der Tatsache, daß der Zeuge W ö h n k e sich nicht daran erinnern kann, bei T e u t s c h ein Schlagwerkzeug gesehen zu haben, ergibt sich ein starker Verdacht, daß der Angeklagte derjenige gewesen ist, der die Schläge geführt hat. Diese Vermutung ist aber nicht so zwingend, daß jede andere Möglichkeit als ausgeschlossen anzusehen wäre. Es kann auch sein, daß Rudolf T e u t s c h ein Schlagwerkzeug gehabt hat oder daß er sich die Stahlrute von den Angeklagten hat geben lassen und daß er geschlagen hat, so daß der Angeklagte also nur Augenzeuge der Tat war. Seine Behauptung, nicht^{selber} geschlagen zu haben, war ihm^{daher} nicht zu widerlegen.

In den übrigen Fällen 2c, 3, 8, 11, 14, 15, 17 und 21 hat das Gericht die Bekundungen der Zeugen als zur Über-

führung

führung des Angeklagten nicht als ausreichend erachtet. Im Fall 2c) konnte der Zeuge S t o c k f l e t h nicht bekunden, daß der Angeklagte dabei war. Im Fall 3 ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß der Angeklagte nicht mit in den Keller gegangen ist, wo der Häftling W a l d e n misshandelt wurde. Wenn auch wenig wahrscheinlich, so kann es doch sein, daß der Angeklagte in diesem Fall sich von seinen Begleitern vorher getrennt hat. Im Fall 8) hat der Zeuge H e u m a n n nicht gesehen, daß der Angeklagte sich selbst an der Prügelei beteiligt hat. Es besteht zwar eine starke Vermutung dafür. Zu Gunsten des Angeklagten muss aber die Möglichkeit berücksichtigt werden, daß er sich fern gehalten hat, was bei der Anzahl von 5 Wachtmeistern nicht ganz unwahrscheinlich ist.

Im Fall 11) steht einmal nicht genau fest, dass der Angeklagte derjenige gewesen ist, der S c h e l p e r in den Keller geführt hat, denn dieser Zeuge hat im Gegensatz zu allen anderen den Angeklagten unter den vorgelegten Bildern nicht herausgefunden, sondern ein Beamter musste ihm den Angeklagten erst zeigen. Zum anderen steht auch nicht fest, daß S c h e l p e r von den Beamten geschlagen worden ist, der ihn in den Keller geführt hat. In den Keller standen ständig einige Ochsenziemer bereit, wie andere Zeugen bekundet haben, es kann also durchaus sein, daß die Schläge auch von einem der erst später hinzugekommenen Wachleute oder sich eines Stockes aus den Keller benutzte, verabfolgt worden sind. Bei der Unsicherheit des Zeugen S c h e l p e r konnte der Angeklagte in diesem Falle nicht als überführt angesehen werden.

Im Fall 14 handelt es sich um eine Verwechslung des Angeklagten mit dem Wachtmeister T e u t s c h, die bereits in dem Verfahren gegen T e u t s c h aufgeklärt worden war.

Im Fall 15) konnte der Zeuge M u c h a r s k i nicht sagen,

wer ihn gestossen hatte. Der Angeklagte selbst erinnert sich dieser Festnahme, weil er damals einmal aus Interesse mit Radam mitgegangen war. Auch erinnert er, daß einer der Beamten sich auf der engen Treppe den Kopf gestossen hat und daß eine gewisse Unruhe auf der Treppe war. Von einem Schubsen oder Treten weiss er nichts. Weil es auf der Treppe dunkel war, hat der Zeuge keine genauen Beobachtungen machen können und hat nicht gesehen, wer ihn gestossen hat. Da der Angeklagte, wie der Zeuge selber bekundet, sich aber zeitweise auch vor ihm auf der Treppe befunden hat, war ihm nicht zu widerlegen, daß diese Tritte und Stösse nicht von ihm ausgegangen sind, da die Möglichkeit besteht, dass dies geschah, als er vor den Zeugen ging.

Im Fall 17) weiss der Zeuge Masuth nicht, ob der Angeklagte bei den Misshandlungen zugegen war, er hat das später aus der Äusserung des Angeklagten geschlossen, der ihm sagte, er sei nicht für derartige Sachen. Der Zeuge erinnert auch nicht, ob der Angeklagte dabei gesagt hat: "..... Sachen, die sie unten machen" oder "Sachen, die wir unten machen."

Aus der nicht genau feststehenden Formulierung dieser Äusserung lässt sich eine Beteiligung des Angeklagten an den Misshandlungen des Zeugen nicht entnehmen.

Im Fall 21) hat der Zeuge Felski in der Hauptverhandlung behauptet, der Angeklagte sei derjenige, der ihn auf den Hof geschlagen habe. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hat er den Angeklagten mit diesem Vorfall jedoch nicht belastet gehabt, sondern hat einen äusserst ähnlichen Vorfall dem Wachtmeister Otten zugeschrieben. Den Angeklagten hat er erstmals in

der

der Hauptverhandlung wiedergesehen. Die Möglichkeit einer Personenverwechslung oder eines Erinnerungsfehlers kann bei diesen Zeugen nicht ausgeschaltet werden, seine Aussage reicht deshalb zu einer Überführung des Angeklagten nicht aus.

Schliesslich hält das Gericht auch nicht für erwiesen, daß der Angeklagte die Orgel gespielt hat, um das Schreien der Häftlinge zu übertönen. Daß derartiges geschehen ist, steht fest. Wie verschiedene Zeugen bekundet haben, sind dabei aber nicht richtige Lieder gespielt worden, sondern es wurde auf der Orgel nur gelärmt. Der Angeklagte bestreitet, der Verursacher solchen Lärmes gewesen zu sein. Er gibt nur zu, vor Weihnachten 1933 zwei- oder dreimal auf der im ehemaligen Frauengefängnis befindlichen Orgel einige Weihnachtslieder gespielt zu haben, aber nicht um Misshandlungen zu übertönen, sondern um den Häftlingen eine Freude zu bereiten. Dies Spielen sei ihm dann aber bald verboten worden. Bei einer dieser Gelegenheiten habe ihn jemand auf der Empore gesagt, daß unten im Raum etwas los sei, selbst gesehen habe er aber nichts. Diese Einlassung war dem Angeklagten nicht zu widerlegen. Tatsächlich ist er Musikliebhaber und übt auch jetzt den Beruf eines Musikers aus. Die Bekundungen der verschiedenen Zeugen zu diesem Orgelspiel sind nicht so konkret, daß der Angeklagte dadurch überführt werden könnte. Der Zeuge S c h u c h a r d t hat zwar erklärt, es sei bekannt gewesen, daß der Angeklagte der Orgelspieler gewesen sei, aus eigener Kenntnis konnte er jedoch nichts bekunden. Er hat nur einmal gehört, wie der Angeklagte vor seiner Zellentür zu einem anderen "achtmeister gesagt hat: "Morgen machen wir wieder Remmi-denni," und als dieser ihn fragte, "was habt ihr denn davon?" geantwortet hat: "Ach, du Feigling!" Nach Ansicht des

Zeugen

Zeugen hat der Ausdruck "Remmi-denni" sich auf Misshandlungen in der Kirche beim Orgelspiel bezogen. Diese Schlussfolgerung des Zeugen ist aber nicht zwingend, Remmi-denni ist ein damals weit verbreitetes Schlagwort gewesen, mit dem zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß in irgendeiner Beziehung irgendetwas besonderes los sei. Der Angeklagte hat nun selbst erklärt, daß die Wachleute im Kolafu unter "Remmi-denni" eine Prügelei verstanden hätten, daß er damit Misshandlungen bei Orgelspiel gemeint hat, war aber nicht festzustellen. Überdies behauptet der Angeklagte unwiderlegt, daß er nur in der kleinen unbeschädigten Kirche des Kolafu gespielt habe. Der Zeuge dagegen spricht von einer Kirche, deren Dach beschädigt gewesen sei. Wie sich aus den Bekundungen des Zeugen Gefängniswachtmeister M ü l l e r ergeben hat, gab es in Fuhlsbüttel damals tatsächlich drei Kirchen. Der Angeklagte meint nun, die Bekundungen des Zeugen bezögen sich auf Vorgänge, die wahrscheinlich in einer der ausserhalb des Kolafu gelegenen Kirche vorgekommen seien, denn er erinnert, daß vor Weihnachten 1933 aus einer dieser nicht benutzten Kirchen von der Orgel Pfeiffen abgebaut wurden, um das Material den Häftlingen für Weihnachtsbasteleien zur Verfügung zu stellen. Dass sich die erwähnten Prügeleien anlässlich des Ausbaues der Orgelpfeifen abgespielt haben, mag sein. Daß solche Misshandlungen auch vorgekommen sind, während der Angeklagte sich in seinem Dienstbereich befand, also nicht Orgelspielen konnte, beweist die Bekundung des Zeugen S t a a k e, wonach der Angeklagte die Häftlinge eines Sonntags auf das Orgelspiel ausdrücklich aufmerksam gemacht hat. Es steht also fest, daß zumindest auch andere Wachleute sich an der Orgel betätigt haben. Der Zeuge R i c h a r t z hat in der Hauptverhandlung erklärt, er wisse nicht, daß der Angeklagte der Orgelspieler ge-

wesen

wesen sei. Dies habe er bei seiner polizeilichen Vernehmung auch nicht behauptet. Der Polizeibeamte habe ihn gefragt, ob der Angeklagte der Orgelspieler gewesen sei, und er habe nur gesagt, das könne angehen. Er habe diese Äusserung getan, weil er durch sein Zellenfenster Orgelspiel und gleichzeitig Schreie gehört habe und weil andere Häftlinge ihm gegenüber geäußert hätten, das mache der Angeklagte. Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Ansicht habe er nicht. Auch der Zeuge B i r n - b a u n, der damals als Wachmann im Jugendgefängnis Fuhlshütten stationiert war, hat bekundet, daß er aus Erzählungen innerhalb des Kameradenkreises gehört habe, daß der Angeklagte Orgel gespielt habe, während Häftlinge misshandelt wurden. Andere Wahrnehmungen in dieser Hinsicht hat der Zeuge aber ebensowenig gemacht wie die anderen Zeugen. Aus diesen Zeugenaussagen ergibt sich zwar ein starker Verdacht, daß der Angeklagte sich so verhalten hat, wie es behauptet wird. Andererseits ist aber auch nicht ganz ausgeschlossen, daß er nur durch das Spiel der Weihnachtslieder in Kreise der Häftlinge bekannt geworden. und deshalb zu Unrecht mit dem Spielen der Orgel bei den Misshandlungen in Verbindung gebracht worden ist. Für diese Vermutung spricht, daß er als Musik liebender Mensch sich schwerlich mit blossen Lärmen auf der Orgel begnügt hätte. Es ist vielmehr anzunehmen, dass er dann auch ordentliche Lieder gespielt hätte. Tatsächlich gehen aber alle Bekundungen dahin, daß bei den Prügeleien keine Lieder gespielt wurden, sondern nur Lärm verursacht wurde. Das Gericht hat es daher nicht als erwiesen angesehen, daß die Vorfälle in der Kirche dem Angeklagten zur Last zu legen sind. Soweit der Angeklagte einräumt, daß einmal während seines Spielens Häftlinge misshandelt worden seien, war ihm

nicht

nicht z
willen
weiterg
in der
hatte d
um ten
Einschr
der Zeu
waren.
den Bek
W a l l
s e n,
c h a r
sehen v
gegenüb

Die rec
1.) Nach
len fes
schen H
nehmes
finden
wirkung
und 16
wassere
che Hoh

nicht zu widerlegen, daß dies ohne sein Wissen und gegen seinen Willen geschehen ist.

Soweit einzelne Zeugen ihre in der Voruntersuchung weitergehenden Angaben über Misshandlungen durch den Angeklagten in der Hauptverhandlung eingeschränkt oder konkretisiert haben, hatte das Gericht nicht den Eindruck, daß dies erfolgt ist, um den Angeklagten wider besseres Wissen zu entlasten. Solche Einschränkungen entsprangen vielmehr dem Wunsch und dem Bemühen der Zeugen, nur die Dinge auszusagen, deren sie ganz sicher waren. Aus diesem Grunde hatte das Gericht auch keine Bedenken, den Bekundungen der Belastungszeugen S t o c k f l e t h, W a l l u h n, M e y n e r t, H a u p t m a n n, C l e m e n t s e n, R i c h a r t z, M u c h a r s k i und S c h u c h a r d t Glauben zu schenken, daß der Angeklagte sich, abgesehen von den bekundeten Misshandlungen, ihnen und anderen gegenüber im übrigen korrekt benommen habe.

V.

Die rechtliche Würdigung.

1.) Nach den Ergebnis der Beweisaufnahme hat der Angeklagte in den festgestellten Fällen körperliche Misshandlungen an politischen Häftlingen vorgenommen. Misshandeln ist ein übles, unangenehmes und schlimmes Behandeln, durch das das körperliche Wohlbefinden beeinträchtigt wird. Dafür ist auch eine mittelbare Einwirkung ohne körperliche Berührung, wie in den Fällen 6b, 6c und 16 das "Pumpen" und die Speisung mit Salzheringen bei Wasserentzug, ausreichend. Da der Angeklagte im Kolofu staatliche Hoheitsaufgaben zu erfüllen hatte, nämlich die Bewachung von

Häft-

Häftlingen, war er Beamter im Sinne des § 359 StGB., ohne daß es darauf ankam, ob bzw. ab wann ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bestanden hat. Alle Misshandlungen sind von dem Angeklagten in seiner Eigenschaft als Gefangenenaufseher in Ausübung seines Amtes begangen worden. Daß es sich bei der Bewachung von Häftlingen um die Ausübung staatlicher Hoheitsaufgaben handelte, war dem Angeklagten bekannt. Er hat danach in allen Fällen den Tatbestand einer Körperverletzung im Amt erfüllt. Im Fall 2b) handelt es sich um 3 selbständige Handlungen gegenüber K r a t z, K r ü t z n e r, und S t o c k - f l e t h, im Fall 9) um mindestens zwei selbständige Handlungen, da die Anzahl der geschlagenen Häftlinge nicht feststeht, sondern nur festgestellt werden konnte, daß es mehrere Personen waren. In den Fällen 16 und 18 handelt es sich ebenfalls um mehrere Einzelhandlungen, und zwar um mindestens je zwei. Da diese Misshandlungen sich jedoch gegen denselben Häftling gerichtet haben, auf die gleiche Art begangen sind und auf einen einheitlichen Vorsatz beruhten, nämlich dem Vorsatz, dem verhassten politischen Gegner zuzusetzen, sind die Misshandlungen an den Zeugen K l e e k a m p und I n g e s a n d t als in Fortsetzungszusammenhang stehend anzusehen. Die Fälle 16 und 18 stellen somit jeder eine fortgesetzte Handlung in Rechtssinne dar. Im Falle 20 konnte nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte selbst geschlagen hat. Zu seinen Gunsten muss davon ausgegangen werden, dass die Misshandlungen des N i e t s c h k e von Rudolf T e u t s c h vorgenommen worden sind. Der Angeklagte hat sich an dieser Misshandlung jedoch als Mittäter im Sinne der §§ 223a, 47 StGB. beteiligt. Beide sind gemeinsam in die Zelle des N i e t s c h k e gegangen und der Angeklagte

te

te hat durch seine Anwesenheit dem T e u t s c h den Rücken gestärkt und dessen Tat somit psychische Förderung angedeihen lassen. Aus den gesamten Umständen ergibt sich, daß der Angeklagte mit der vorgenommenen Misshandlung einverstanden war und sie als seine eigene wollte. Das beweist schon die Tatsache, daß er sich aus seinem Zimmer die Stahlrute mitnahm. Die schweren Folgen des Mastdarmvorfalls waren dem Angeklagten aber nicht zuzurechnen, da ihm nicht zu widerlegen war, daß N i e t s c h k e schon vorher an Mastdarmvorfall gelitten hat, dieser also nicht erst durch die Misshandlung verursacht worden ist.

Der Angeklagte hat sonach in 22 Fällen den Tatbestand des § 340 Abs. 1 StGB. erfüllt.

In den Fällen 1, 2a, 2b (3 Fälle), 4, 5, 6a, 19a, 19b und 20 sind die Körperverletzungen mit Ochsenziemern oder anderen Schlagwerkzeugen verursacht worden, so daß der Angeklagte sich in Tateinheit mit Vergehen gegen § 340 Abs. 1 StGB. in 11 Fällen einer gefährlichen Körperverletzung nach § 223a StGB. schuldig gemacht hat. In den Fällen 2a und 4 erfolgten die Misshandlungen, um Aussagen zu erpressen, und zwar bei den Zeugen S t o c k f l e t h während einer von dem Polizeibeamten R a d a m durchgeführten Vernehmung und bei den Zeugen W a l l u h n auf Grund einer von R a d a m nach Beendigung seiner Vernehmung veranlassten Einzelbefragung durch die Wacheleute zur Klärung von ein oder zwei bestimmten Fragen. R a d a m hat sich hierbei nach § 343 StGB. strafbar gemacht, da er als Beamter in einer Untersuchung hat Zwangsmittel anwenden lassen, um ein Geständnis bzw. eine Aussage zu erpressen. Hierzu hat ihm der Angeklagte in weiterer Tateinheit mit den obigen Delikten

ge-

gemäß § 49 StGB. Beihilfe geleistet. Er wollte nicht selbst eine Aussageerpressung vornehmen, sondern durch seine Misshandlung die Vernehmungen der Gestapo fördern und ihr bei der Anwendung von Zwangsmitteln Hilfe leisten.

2.) Ausserdem hat der Angeklagte sich in jeden der oben genannten 22 Fälle auch eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 Art. II 1c schuldig gemacht. Bei den festgestellten Misshandlungen handelt es sich nicht etwa um vereinzelte Übergriffe, sondern es ist offensichtlich, daß alle Fälle Ausfluss eines bewussten und gewollten Angriffsverhaltens im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewesen sind. Die in Kolafa inhaftierten Gefangenen wurden von einer besonders für diesen Zweck aus ihren politischen Gegnern zusammengestellten Wachmannschaft bewacht und waren deren Willkür recht- und schutzlos preisgegeben. Unter dem Gesichtspunkt des Menschlichkeitsverbrechens sind diese einzelnen Fälle aber nicht voneinander gesondert zu betrachten, man muss sie vielmehr im Zusammenhang sehen. In allen Fällen brachte der Angeklagte durch sein Verhalten, auch wenn einzelne Fälle von geringerer Schwere sind, zum Ausdruck, daß er Menschenwert und Menschenwürde für nichts achtete. Das zeigt eindeutig die Tatsache, daß sich sein Angriffsverhalten nur gegen die bestimmte Gruppe der ihm als Gefangenen ausgelieferten Gegner gerichtet hat. Jede Einzelhandlung war der Ausdruck einer Grundeinstellung, die diesen politischen Gegnern keinen Anspruch auf Menschenrecht und Mensch^{en}würde zubilligte. Deshalb ist in jedem einzelnen Fall eine unmenschliche Schädigung der Opfer in der Tiefe ihres Menschseins mit überindividueller Wirkung eingetreten.

Diese

Die einzelnen Takte stellen in Rechtsinne nur eine einzige Handlung dar. Wenn auch verschiedene Personen in einem höchst persönlichen Rechtsgut angegriffen sind, so bilden alle diese Einzelakte doch eine Einheit, weil sie sich gegen ein überindividuelles Rechtsgut richten, nämlich gegen den Wert des Menschseins schlechthin. Da sie sich auch zeitlich in einem bestimmt abgegrenzten Lebensabschnitt des Angeklagten abgespielt haben und mit seiner Tätigkeit als Wachmann eng zusammenhängen, waren sie nach natürlicher Auffassung als eine einheitliche Tat anzusehen.

3.) Der Angeklagte hat in allen Fällen rechtswidrig und schuldhaft gehandelt. Irgendein Rechtfertigungsgrund ist nicht ersichtlich. Sein Verhalten war damals nach denselben Bestimmungen des Strafgesetzbuches strafbar, nach denen es heute bestraft wird. Daß er in allen Fällen auf ausdrücklichen Befehl gehandelt hat, hat er selbst nicht behauptet. Nach seiner Dienstanweisung hatte er nur auf strenge Zucht und Ordnung zu halten, körperliche Misshandlungen waren darin nicht vorgesehen. Soweit er sich an der Erpressung von Aussagen beteiligt hat, kann der Angeklagte sich nicht auf eine Anordnung der Gestapobeamten berufen. Hätte er sich damals wirklich auf Grund dieser Anordnung für berechtigt gehalten, Misshandlungen vorzunehmen, so würde es sich dabei um einen Irrtum über die Rechtswidrigkeit handeln, der unbeachtlich ist. Das Gericht ist aber überzeugt, daß der Angeklagte sich auch damals bewusst war, Unrecht zu tun. Es handelt sich bei ihm um einen intelligenten Menschen von gutem Herkommen und mit guter Schulbildung, der auch trotz seiner politischen Verhetzung das Unrecht derartiger Misshandlungen ohne Zweifel erkannte.

kannr hat. Er hat das auch selbst nicht ernstlich in Abrede gestellt, sondern sich nur mit seiner nazistischen Verblendung entschuldigt.

Die Strafverfolgung wegen der Körperverletzung in Amt und wegen der Beihilfe zur Aussageerpressung ist zwar an sich gemäß § 67 StGB verjährt, da die Taten mehr als 15 Jahre zurückliegen und die Verjährungsfrist durch eine richterliche Handlung nicht unterbrochen ist. Sie kann aber gemäß § 1 Abs. 1 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege von 23. Mai 1947 nachgeholt werden. Es handelt sich um Verbrechen bzw. Vergehen, die zur Zeit ihrer Begehung mit einer Höchststrafe von mehr als 3 Jahren bedroht waren, die mit Gewalttätigkeiten und Verfolgungen aus politischen Beweggründen verbunden waren und die deshalb während der Herrschaft des Nationalsozialismus nicht verfolgt und bestraft worden sind. Wegen der gemeinen und rohen Handlungsweise verlangt die Gerechtigkeit, insbesondere die Gleichheit Aller vor dem Gesetz, die nachträgliche Sühne dieser Verbrechen. Bei der Bestrafung wegen eines Menschlichkeitsverbrechens ist eine Berufung auf Verjährung gem. Art. II des KRG. Nr. 10 ausdrücklich ausgeschlossen.

Die erst in der Hauptverhandlung hervorgetretenen Fälle 6b und 21 konnten ohne Erhebung einer Nachtragsanklage mit entschieden werden, da die auf das Kontrollratsgesetz Nr. 10 gestützte Anklage von vornherein alle Taten umfaßt, soweit sie Einzelakte eines einheitlichen Verbrechens gegen die Menschlichkeit sind. Mit diesen stehen die deutsch-rechtlichen Straftaten, auch, soweit sie unter sich in Verhältnis der

Tat-

Tatmehrheit (§ 74 StGB.) stehen, in ihrer Gesamtheit im Verhältnis der Tateinheit (§ 73 StGB.).

VI.

Die Strafzumessungsgründe.

Bei der Bemessung der - aus den KRG. Nr. 10 zu entnehmenden - Strafe war davon auszugehen, daß es sich um eine Tat handelt, die sich aus einer ganzen Reihe von Einzelmisshandlungen zusammengesetzt hat. Zu berücksichtigen war in erster Linie, daß diese Misshandlungen besonders verwerflich waren, weil sie sich gegen wehrlose und rechtlose Gefangenen gerichtet haben. Wenn die Taten auch schon mehr als 15 Jahre zurückliegen und es so gut wie sicher ist, daß der Angeklagte künftig ähnliche Handlungen nicht wieder begehen wird, so verlangt doch der Gedanke der Sühne und Abschreckung eine strenge Bestrafung. Mit dem Wiederaufleben der politischen Tätigkeit in Deutschland haben die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien schon wieder zu blutigen Zusammenstößen geführt; zur Abschreckung solcher gewalttätigen Elemente müssen deshalb aus politischer Verhetzung begangene Tötlichkeiten hartgehandelt werden. Zugute zu halten war dem Angeklagten aber, daß der grössere Teil der festgestellten Misshandlungen leichterer Natur war und daß der Angeklagte nicht ein so gemeines und rohes Wesen an den Tag gelegt hat, wie andere "Nachleute im Kolafu, etwa die Gebrüder T e u t s c h oder Z i r b e s. Zu berücksichtigen war ferner, daß er sich in seiner späteren Tätigkeit als eigentlicher Gestapobeaunter offenbar korrekt benommen hat, obwohl er in politischen Dezernaten tätig war, wo er genügend Gelegenheit zu Übergriffen aus politischen Haßgefühl gehabt hätte, denn aus dieser sich über

drei

dreißig Jahre erstreckenden Zeit ist nichts Nachteiliges über den Angeklagten bekannt geworden. Da das Schwurgericht den Eindruck hatte, daß der Angeklagte sein damaliges Verhalten jetzt aufrichtig bereut und bedauert, glaubte es, von einer Zuchthausstrafe absehen zu können und hielt eine Gefängnisstrafe für die angemessene Sühne. Daß § 343 StGB. als ein an sich gegenüber dem KKG. Nr. 10 milderes Gesetz als einzige Straftat Zuchthaus vorsieht, steht dem nicht entgegen, da auf Grund der §§ 49, 44 Abs. 4 Satz 2 StGB. bei Beihilfe auf Gefängnisstrafen erkannt werden muss, wenn Zuchthausstrafe unter einem Jahre verwirkt ist. Das trifft in den beiden hier in Frage kommenden Fällen zu. Mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Angeklagten, der sich seit damals in seinem Wesen erheblich gewandelt hat und gereifter geworden ist, hielt das Gericht eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren für angemessen und ausreichend. Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hat es nicht erkannt, weil dies im Hinblick auf die Persönlichkeit des Angeklagten nicht gerechtfertigt schien.

Von der Internierungshaft, soweit sie ^{die} dem Angeklagten bereits im Spruchgerichtsverfahren angerechnete Haft übersteigt sind dem Angeklagten 8 Monate angerechnet worden. Internierungshaft kann, wie der Oberste Gerichtshof in Köln entschieden hat, angerechnet werden, wenn sie in Zusammenhang mit der zur Aburteilung stehenden Tat verhängt oder verbüßt worden ist. Der Angeklagte ist allerdings wegen seiner Zugehörigkeit zur Gestapo interniert worden, während die von ihm in Kolafa begangenen Misshandlungen zu einer Zeit erfolgten, als er der Gestapo noch nicht angehörte. Insoweit fehlt es an dem erforderlichen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang ist aber von dem Augenblick

an

an gegeben, in dem sich die Ermittlungen im Spruchgerichtsverfahren auch auf die Vorgänge im Kolafu erstreckten. Das war gleich bei seiner ersten Vernehmung Anfang Mai 1947 der Fall. (Bl. der Spruchgerichtsakte). Die von da ab verbüßten 8 Monate Internierungshaft, sowie die zwei Tage Polizeihaft, sind dem Angeklagten gemäß § 60 StGB. angerechnet worden.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

(Unterzeichnet:)

Valentin.

Wartemann.

Schleusener.



Für richtige Ausfertigung:

[Signature]
Justizobersekretär
als Urkundsbeamt
der Geschäftsstelle.